

Donnerstag, 17. Dezember 2020, Münchner Merkur - Nord / Lokalteil

„Einer guten Nachbarschaft wird so nicht der Boden bereitet“

Bürgermeister Korneder befürchtet Verzögerung durch Klage



Da war noch alles in Ordnung: die Bürgermeister Andreas Bukowski (l.) und Klaus Korneder bei der Eröffnung des Impfzentrums. Dass sein Haarer Amtskollege noch am selben Abend für die Klage stimmte, wundert Korneder sehr. Foto: bb

Grasbrunn – Bereits kurz nach der Sitzung des Haarer Gemeinderats informierte Bürgermeister Andreas Bukowski (CSU) seinen Amtskollegen Klaus Korneder (SPD) darüber, dass Haar die Nachbarn in Grasbrunn verklagen wird. Im Interview erklärt Korneder, was er von diesem Beschluss hält und welche Auswirkungen dieser auf die Planungen hat.

Herr Korneder, waren Sie heute schon beim Anwalt der Gemeinde?

Nein, das nicht. Aber ich habe bereits ausführlich mit ihm telefoniert. Natürlich akzeptieren wir als gute Demokraten in einem Rechtsstaat, dass ein Nachbar gegen die eigenen Entscheidungen klagt. Aber ich hätte eigentlich nicht damit gerechnet.

Warum nicht? Nicht nur die Haarer CSU schimpft seit Jahren über das geplante Gewerbegebiet, zunächst, weil angeblich eine Rodungsinsel zerstört würde. Nachdem dies von der Regierung von Oberbayern

nicht so gesehen wurde, geht es jetzt um eine „Normenkontrollklage“. Was ist das denn genau?

Bei einer Normenkontrollklage entscheidet das Verwaltungsgericht darüber, ob bei der Entscheidung einer Gemeinde die Belange einer Nachbargemeinde ausreichend berücksichtigt wurden. Genau das haben wir von Anfang an getan: ein breiter Grünstreifen Richtung Haar, kein Logistikunternehmen und auch keine innenstadtrelevanten Betriebe dürfen sich bei uns ansiedeln. Ein von uns beauftragtes Verkehrsplanungsbüro hat ermittelt, dass es zu keiner Verkehrszunahme führen wird.

Aus Ihrer Sicht hat Grasbrunn alles richtig gemacht, die Haarer CSU gab dennoch nicht nach.

Darum bin ich ja enttäuscht. Bürgermeisterin Gabriele Müller (Bukowskis Vorgängerin, Anm. d. Red.) hatte mich zur Vorstellung der Planung in den Haarer Gemeinderat eingeladen. Bei einer offenen und fairen Diskussion konnte ich, so war ich der Meinung, sehr viele Missverständnisse ausräumen und Befürchtungen entkräften. Ich erhielt aus dem Haarer Gemeinderat, nicht zuletzt auch von Herrn Bukowski, in den letzten Tagen immer wieder die klare Aussage, dass es wohl nicht zur Klage kommen werde.

Wie können Sie sich das Abstimmungsergebnis jetzt erklären?

Zum einen fehlte je ein Gemeinderat von der SPD und den Grünen, die beide geschlossen gegen die Klage votierten. Dass Herr Bukowski auch für die Klage stimmte, wundert mich sehr. Einer weiterhin guten Nachbarschaft wird so natürlich nicht der Boden bereitet. Wir hätten zum Beispiel bei der geplanten Ansiedelung von BMW in Haar nie geklagt, obwohl das auch Auswirkungen auf uns gehabt hätte.

Was bedeutet die Klage konkret für Grasbrunn?

Unser Bebauungsplan für das Gewerbegebiet wurde bereits im Bundesanzeiger veröffentlicht, ist seit 11. November wirksam und rechtskräftig. Daher können Grundstücke verkauft und bebaut werden. Das Landratsamt kann seine Zustimmung aus meiner Sicht nicht verweigern. Was die Klage hierfür konkret bedeutet, müssen wir klären.

Gibt es finanzielle Auswirkungen für Grasbrunn wegen der Klage?

Für das Jahr 2021 haben wir noch nicht mit Gewerbesteuereinnahmen aus dem neuen Gewerbegebiet kalkuliert, aber ab 2022 dann schon.

Das Gespräch führte Bert Brosch.